

**Karima Benbrahim, IDA e.V.**

**Vortrag: Welche Mechanismen führen zur gesellschaftlichen Ausgrenzung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund?**

**Jahrestagung des Paritätischen Bildungswerks „Vielfalt, Toleranz und Offenheit – jeder Mensch ist einzigartig“ am 22./23.10.2015 in Frankfurt am Main**

(Weder der ganze Text noch Auszüge daraus dürfen ohne Genehmigung der Autorin veröffentlicht werden)

Sehr geehrte Damen und Herren,

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für Ihre Einladung zur Jahrestagung „Vielfalt, Toleranz und Offenheit – jeder Mensch ist einzigartig“. Ich freue mich sehr heute hier zu sein und begrüße Sie alle herzlich.

## **Einleitung**

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich erst vor wenigen Jahren, um genau zu sein seit 2006 politisch dazu bekannt ein Einwanderungsland zu sein. Dieser Rückstand spiegelt sich nicht nur in der Ausblendung einer multireligiösen und multiethnischen Gesellschaft wider, sondern auch in der Schwierigkeit mit gesellschaftlicher Heterogenität umzugehen.

Diese politische Kultur hängt stark mit der verinnerlichten Vorstellung einer nationalen Homogenität zusammen. Diese Vorstellung vom einheitlichen WIR stellt eine nationale Gemeinschaft her und sträubt sich gegen neue Zugehörigkeiten. So werden Schwarze Deutsche, Sinti und Roma, Muslime und Juden in Deutschland nicht als Teil dieses „Wir“ definiert, sondern immer wieder gefragt „Woher sie kommen?“.

Wir leben in einer Migrationsgesellschaft, die von der Pluralität an Lebensentwürfen und Einstellungen lebt und von ihr beeinflusst wird. Postmigrantischer Alltag ist längst Normalität, indem eine sogenannte Interkulturelle Öffnung fast absurd und verspätet erscheint. Doch wenn der Blick sich auf die Strukturen in Institutionen und Organisationen richtet, merken wir immernoch eine nahezu prä migrantische Realität, die von Weißen, christlichen und heterosexuellen Männern geprägt ist, wie es Birgit Rommelbacher in ihrem Werk Dominanzkultur beschreibt.

In den vergangenen Jahren wurden wir Zeug\_innen einer intensiven Debatte um „den“ Islam in Deutschland. Im Mittelpunkt stand die Rolle der Religion bei Integrationsprozessen in die Gesellschaft, insbesondere die vermeintliche „Integrationsunfähigkeit“ des Islams bzw. der

Muslimen. Die Thesen sind gefährlich: „Der“ Islam sei nicht integrationsfähig, „die“ Muslimen seien nicht Teil unserer Gesellschaft. Selbst an sich einfache Tatsachenfeststellungen – wie die, dass der muslimische Glaube und Menschen muslimischen Glaubens spätestens seit der verstärkten Einwanderung von Muslimen in den 1950er Jahren zu den Lebensrealitäten in Deutschland gehören – führten in Politik und Gesellschaft zu teilweise hitzigen und polarisierenden Debatten.

Mit dieser Debatte wurde die Frage nach einem sehr persönlichen Sachverhalt wie dem individuellen Glauben in die Arena gesellschaftlicher Auseinandersetzungen gezogen. Dabei traten vor allem in Talkshows und in Zeitungen oft sogenannte Islamkritiker\_innen auf, die den Anspruch erhoben, bei nahezu allen Muslim\_innen verallgemeinerbare Verhaltensweisen beobachten zu können wie etwa Praktiken der Benachteiligung von Frauen oder eine Missachtung für andere Religionen oder der Beschneidungsdebatte. Menschen muslimischen Glaubens, die nicht in dieses Raster passten, wurden kaum in die Debatten einbezogen oder zu „positiven“ Ausnahmefällen herabgestuft. Ignoriert wurde dabei, dass die Lebens- und Glaubensrealitäten von Menschen mit einem muslimischen Hintergrund in Deutschland ausgesprochen vielfältig sind. Hinzu kommt, dass sich in der öffentlichen Zuschreibung auch Menschen, die aus mehrheitlich muslimischen Ländern stammen, für ihre vermeintliche Religion rechtfertigen müssen, obwohl sie sich selbst vielleicht gar nicht als gläubig ansehen – oder gar keine Muslimen sind.

Die in den Debatten vertretenen Stereotype – wie pauschale Zuschreibungen, vermeintlich kulturell und/oder ethnisch unveränderbare Verhaltensmuster, fehlender Wille zur gesellschaftlichen Teilhabe und Integration seitens der Minderheiten – erinnerten an bereits bekannte Topoi aus vergangenen Debatten über die Probleme mit „den“ „Ausländern“. Infolge dieser Diskussionen über Islam und Islamismus in den vergangenen Jahren wurde allzu oft die Gelegenheit genutzt, alten Vorurteilen ein neues, vermeintlich gesellschaftlich akzeptableres Gewand zu geben.

In der Bundesrepublik ist es jedem Menschen überlassen, ob er oder sie eine Religion annimmt oder nicht. Das Problematische an den meisten Debatten ist nicht, dass eine Religion kritisiert wird. Der Übergang von legitimer Kritik mit der Absicht einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung auf Augenhöhe zu simpler Demagogie beginnt dann, wenn „der“ Islam pauschal verurteilt wird und Versuche einer differenzierten Betrachtung mit verbaler Brutalität weggewischt und abgewertet werden. Es breitet sich ein gesellschaftliches Debattenklima aus, in dem „der“ Islam zum Gegner stilisiert wird, Versuche des Dialogs und der Verständigung laufen ins Leere.

Bei antimuslimischem Rassismus geht es nicht um eine Kritik am tatsächlichen Verhalten von Menschen, sondern um pauschale Unterstellungen – um Zuschreibungen, die jedem, der oder die mit dem Merkmal „Muslim“ belegt werden kann, bestimmte Orientierungen und Verhaltensweisen unterstellen und eine individuelle Lebenspraxis und Überzeugung nicht zulassen. Damit missachtet sie ein Grundprinzip unserer Verfassungsordnung: die Offenheit für viele unterschiedliche Lebensstile, Weltanschauungen und religiöse Auffassungen.

Rassismus betrifft den Lebensalltag von vielen jungen Menschen, sie führt zu Ausgrenzung und Diskriminierungen. In ihren schlimmsten Auswüchsen können rassistische und rechtsextreme Einstellungen zudem zur Legitimation von Gewalt und Terror dienen. Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Moscheen und Synagogen sind alarmierend hoch. Über 500 Angriffe gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte sind schon allein in diesem Jahr dokumentiert.

(FOLIEN)

Deutschland hat sich im vergangenen halben Jahrhundert allmählich über ein Zuwanderungsland wider Willen zu einer Migrationsgesellschaft entwickelt.

( FOLIE Migrationsgesellschaft)

Im Bildungswesen lässt sich dieser Wandel daran ablesen, dass immer mehr Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund den Schullalltag leben. Unter den 15-jährigen Schülerinnen und Schülern ist es 2006 jede bzw. jeder fünfte, unter den Viertklässlern bereits jede bzw. jeder vierte und bei den Kindern unter fünf Jahren schon jedes dritte Kind.[1] Deutschland steht vor der Herausforderung, einen plurale multiethnische und multireligiösen Bevölkerung anzuerkennen und in die Migrationsgesellschaft aufzunehmen und teilhaben zu lassen. Wenn man gleiche Teilnahmekancen am Leben der Migrationsgesellschaft als das Herzstück der Integration ansieht, wie es viele Wissenschaftler\_innen und Politiker\_innen tun, dann sind gleiche Bildungschancen für Kinder mit Migrationshintergrund der Schlüssel für ihre Integration.

Bildung ist in einer modernen Bildungs- und Wissensgesellschaft die zentrale Ressource für die Teilnahme am ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben. Es ist vielfach empirisch belegt, dass Unterschiede im Berufsstatus und bei den Arbeitsmarktchancen und damit zusammenhängend beim Einkommen, Lebensstandard, bei der sozialen Sicherheit und dem gesellschaftlichen Ansehen sowie Unterschiede in der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beteiligung mit Unterschieden im Bildungsniveau zusammenhängen. Das erworbene „Bildungskapital“ - wie der französische Soziologe Pierre Bourdieu die Bildungsabschlüsse mit Recht nennt - lässt sich in

entsprechende Lebenschancen umsetzen und minimiert gesellschaftliche Risiken wie Arbeitslosigkeit, Armut, Krankheit oder Straffälligkeit bzw. Kriminalisierung.

2009 besuchte der Sonderberichterstatter zu Rassismus der Vereinten Nationen Githu Muigai Deutschland und bemängelte bei Politik und Gesellschaft Defizite im Kampf gegen Alltagsrassismus. So werde in Deutschland immer noch Rassismus mit Rechtsextremismus gleichgesetzt und damit nicht ausreichend wahrgenommen. Hier seien ähnliche Mängel wirksam wie beim institutionellen Rassismus in Deutschland: „Polizei, Behörden und Gerichte müssen noch einiges tun“.

Als einen Schritt in die richtige Richtung bezeichnete der UN-Sonderberichterstatter die Einführung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG). Das Gesetz sei jedoch noch reformbedürftig. Als konkretes Beispiel nannte Muigai Klagen von Menschen mit Migrationshintergrund über Diskriminierung durch Vermieter bei der Wohnungssuche. In diesem Zusammenhang forderte er auch die bessere personelle Ausstattung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes sowie deren Präsenz auf Länderebene.

Kritisiert wurde auch die geringe Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Leben der Republik und ihre geringe politische Teilhabe. Mit Muigai besuchte nach 14 Jahren zum ersten Mal wieder ein UN-Sonderberichterstatter zu Rassismus die Bundesrepublik

**Im Zentrum der heutigen Veranstaltung stehen die Mechanismen die zur rassistischen Ausgrenzung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund? Hier sollen Hindernisse und Handlungsstrategien zur Bekämpfung erörtert und Schritte entwickelt werden. Doch wie ist die offizielle Bestandsaufnahme?**

Quelle: <http://mediendienst-integration.de/integration/bildung.html>

Fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland hat heute einen Migrationshintergrund – knapp 80 Prozent davon sind Deutsche. In den Bildungsdebatten steht der Nachwuchs aus Einwandererfamilien dennoch oft gesondert im Fokus. Doch welche Daten liegen über diese Gruppe(n) überhaupt vor? Wie sind ihre Startbedingungen und wie wirkt sich das auf ihre Bildungschancen aus?

### **Soziale Lage von Kindern aus Einwandererfamilien**

In Deutschland ist ein enger Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und den Bildungschancen nachweisbar. Kinder mit Migrationshintergrund leben häufiger in Familien mit geringem Einkommen. Laut Mikrozensus leben fast ein Drittel (rund 30 Prozent) der unter

18-Jährigen mit Migrationshintergrund in Familien, die von Armut gefährdet sind. Türkeistämmige Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind zu rund 36 Prozent von Armut gefährdet, während es in der Gesamtbevölkerung nur 17 Prozent sind. Und: Eltern mit Migrationshintergrund haben im Vergleich oft niedrigere Bildungsabschlüsse. Das bedeutet, dass ihre Kinder häufiger von sogenannten "Risikolagen" betroffen sind. Diese sind:

- Bildungsbenachteiligtes Elternhaus: Beide Eltern haben weder eine Berufsausbildung noch eine Hochschule abgeschlossen.
- Soziales Risiko: Kein Elternteil ist erwerbstätig.
- Finanzielles Risiko: Das Familieneinkommen liegt unter der Armutsgefährdungsgrenze.

In der Gesamtbevölkerung ist ein knappes Drittel (29 Prozent) aller Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren mindestens einer dieser "Risikolagen" ausgesetzt. Bei Gleichaltrigen aus Einwandererfamilien trifft das fast auf jeden Zweiten zu (47 Prozent), bei den Türkeistämmigen sogar auf 68 Prozent. Quelle

Aus dem Mikrozensus 2014 geht zudem hervor, dass selbst ein guter Schulabschluss nicht unbedingt vor Armut schützt:

- So bleibt die Armutsgefährdungsquote bei Menschen aus Einwandererfamilien selbst dann hoch (20 Prozent), wenn sie Abitur haben.
- Sie liegt damit sogar deutlich höher als bei Hauptschulabsolventen ohne Migrationshintergrund (16 Prozent).

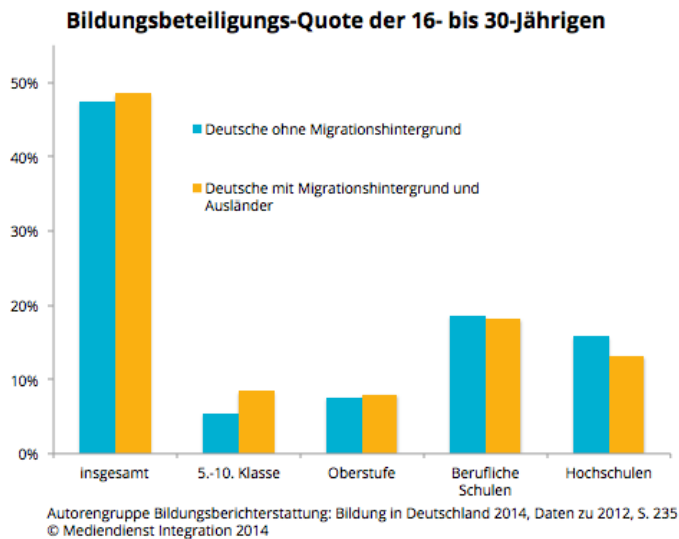
### **Wie hoch ist der Anteil von Schüler\_innen mit Migrationshintergrund**

2014 hatte in Deutschland fast ein Drittel der Kinder und Jugendlichen bis 20 Jahren einen Migrationshintergrund. Rund 86 Prozent von ihnen waren hier geboren, rund 78 Prozent hatten den deutschen Pass.

Zahlen zur "Bildungsbeteiligungsquote" bietet der Bildungsbericht von 2014. Für die **16- bis 30-Jährigen**, die demnach 2012 in der Schule oder einer Ausbildung waren, zeigt sich Folgendes:

- Der Anteil der Schüler mit und ohne Migrationshintergrund in der gymnasialen Oberstufe ist nahezu gleich: 7,6 Prozent der jungen Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und acht Prozent derjenigen mit Migrationshintergrund versuchen, das Gymnasium abzuschließen.

- Das gilt auch für die beruflichen Schulen: 18,6 Prozent ohne und 18,2 Prozent mit Migrationshintergrund sind hier zu finden.
- Auch in den Hochschulen ist der Anteil nahe beieinander: 16 Prozent ohne und 14 Prozent mit Migrationshintergrund.



## Welche Schulabschlüsse werden erreicht

Zu den Schulabschlüssen liegen Zahlen zu verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen vor, die jedoch nicht miteinander vergleichbar sind, da sie jeweils unterschiedliche Ausschnitte abbilden.

Bezogen auf die **gesamte Bevölkerung** und differenziert nach Migrationshintergrund zeigt sich für 2014 folgendes Bild:

- Deutlich mehr Einwohner ohne (31 Prozent) als mit Migrationshintergrund (23 Prozent) haben einen Hauptschulabschluss.
- Etwas mehr Einwohner ohne (26 Prozent) als mit Migrationshintergrund (24 Prozent) haben Abitur oder Fachhochschulreife.
- Deutlich mehr Einwohner mit (10 Prozent) als ohne Migrationshintergrund (2 Prozent) haben keinen Schulabschluss.

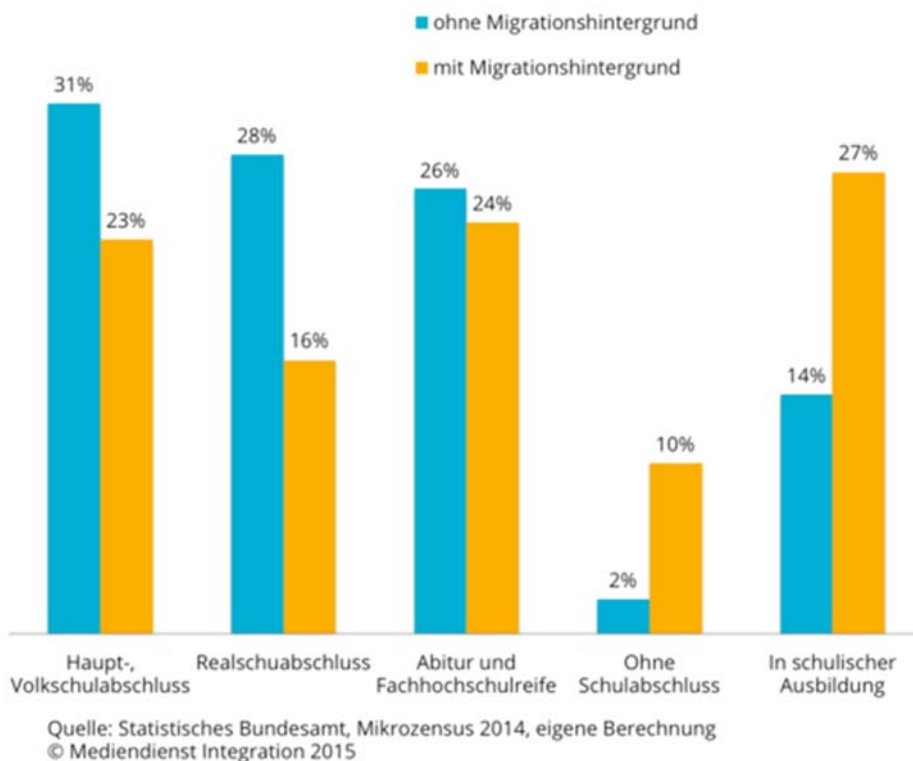
Betrachtet man nur die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, **die 2012 ihren Abschluss** gemacht haben, ergibt sich (in Prozent der Wohnbevölkerung im jeweils typischen Abschlussalter und unterschieden nach Deutschen und Ausländern):

- Rund 22 Prozent der deutschen und rund 40 Prozent der ausländischen Schüler gingen mit Hauptschulabschluss ab.
- 55 Prozent der deutschen und 50 Prozent der ausländischen Jugendlichen erlangten einen Mittleren Schulabschluss.
- 17 Prozent der deutschen und 11 Prozent der ausländischen Schüler verließen die Schule mit Fachhochschulreife.
- 44 Prozent der deutschen und 16 Prozent der ausländischen Schüler machten Abitur und
- 5 Prozent der deutschen und 12 Prozent der ausländischen Jugendlichen verließen die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Bezogen auf die **Bevölkerung ab 15 Jahren** und unterschieden nach Deutschen und Ausländern hatten 2011 in Deutschland:

- mehr Deutsche (37 Prozent) als Ausländer (32 Prozent) einen Hauptschulabschluss,
- mehr Deutsche (22 Prozent) als Ausländer (16 Prozent) einen Realschulabschluss,
- mehr Ausländer (28 Prozent) als Deutsche (27 Prozent) die Fachhochschulreife oder das Abitur,
- aber mit 19 Prozent auch wesentlich mehr Ausländer als Deutsche (2 Prozent) keinen allgemeinen Schulabschluss.

## Höchster Schulabschluss nach Migrationshintergrund (2014)



### Diskriminierung im Bereich Bildung

Diskriminierungen von Schülern mit Migrationshintergrund lassen sich nur in den wenigsten Fällen beweisen, dennoch weisen zahlreiche Studien darauf hin, dass sie stattfinden. Quelle

Fest steht: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben im Durchschnitt niedrigere Schulabschlüsse als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Dies ist nur eins von zahlreichen Hinweisen auf strukturelle Probleme:

Auch Mechanismen der „institutionellen Diskriminierung“ sind belegt. In einer aufschlussreichen qualitativen Studie konnten Frank-Olaf Radtke und Mechthild Gomolla zeigen, dass in die Entscheidungen von Lehrern und Schulleitern zu wichtigen Übergängen - Schulbeginn, Überweisungen auf Sonderschulen für Lernbehinderte und Schulempfehlungen am Ende der Grundschulzeit - auch leistungsfremde Kriterien zu Lasten der Kinder mit Migrationshintergrund einfließen. So spielen zum Beispiel spezifische Organisationsinteressen wie die Unter- oder Überlast einzelner Schulen oder ihr Wunsch auf Fortbestehen an einem Standort eine Rolle. Sprachdefizite werden fälschlicherweise als allgemeine Lernbehinderung gedeutet und anderes mehr. ( Vgl. Frank-Olaf Radtke/Mechthild Gomolla, Institutionelle Diskriminierung, Opladen 2002.)



Quantitative Studien bestätigen die Diskriminierungen in der Grundschule. Einheimische Kinder erhalten bei gleichem sozioökonomischen Status und gleicher Leseleistung jeweils 1,7-mal häufiger eine Empfehlung für die Realschule und für das Gymnasium als Kinder mit Migrationshintergrund, während diese unter denselben Voraussetzungen um das 1,6-fache häufiger sitzenbleiben. Empirisch belegt ist auch, dass Kinder mit Migrationshintergrund in der Grundschule bei gleichen Testleistungen etwas schlechtere Noten erhalten. (Vgl. W. Bos u.a. (Anm. 24), S. 11; J. A. Krohne u.a. (Anm. 6), S. 388; Cornelia Kristen, Ethnische Diskriminierung in der Grundschule?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 58 (2006), S. 89f.; Konsortium Bildungsberichterstattung (Anm. 3), S. 165.)

Eine OECD-Vergleichsstudie von 2015 über Strukturreformen in Deutschland, der Schweiz und Österreich zeigt: In allen drei Ländern haben Kinder aus sozial schwachen oder Einwandererfamilien schlechtere Chancen auf höhere Bildung als andere Kinder.

Laut der Studie „Indikatoren für die Integration von Migranten 2015“ werden Nachkommen aus Einwandererfamilien oftmals abgehängt: Nur jeder sechste verfügt demnach über einen Hochschulabschluss oder Meisterbrief – bei den Einheimischen seien es doppelt so viele. „Trotz zahlreicher Fortschritte, die zum Beispiel die PISA-Studien gezeigt haben, ist der Abstand zwischen den Gruppen in Deutschland nach wie vor sehr groß“, erklärt OECD-Experte Thomas Liebig bei der Vorstellung im Juli 2015. Zum Vergleich: OECD-weit schneiden Kinder von Einwanderern sogar besser ab als ihre Vergleichsgruppe, sie sind öfter „hochgebildet“ als Kinder von Einheimischen.

Zu einem ähnlichen Urteil kommt der Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen (CERD). In einer Stellungnahme von 2015 empfiehlt er Deutschland:

- Seine Bemühungen zu verstärken, Schülern, die Minderheiten angehören, einen gleichberechtigten Zugang zur Bildung zu gewähren.
- Mit verstärkten besonderen Maßnahmen das Niveau der Bildungsabschlüsse zu erhöhen und die Abbruchquoten zu verringern.
- Der Ausgrenzung und Segregation „ethnischer Minderheiten“ im Schulsystem stärker entgegenzuwirken, die stark mit der Diskriminierung im Wohnungs- und Erwerbsleben zusammenhänge.

Auch die Anti-Rassismus-Kommission des Europarats (ECRI) bescheinigte Deutschland 2014 in ihrem Prüfbericht Diskriminierungen im Bildungsbereich:

- In Deutschland besuchten zu wenige Kinder von Einwanderern Vorschulen und Gymnasien.
- Lehrer seien dreimal so oft geneigt, ein Kind für das Gymnasium zu empfehlen, wenn es aus einer höheren sozialen und ökonomischen Schicht kommt. Man spricht hier von vorurteilsbelasteter, versteckter Diskriminierung.

Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes hat in ihrem letzten Bericht von 2013 das Thema Bildung als einen von zwei Schwerpunkten definiert und wissenschaftliche Erkenntnisse zu diskriminierenden Mechanismen wiedergegeben.

Die Probleme junger Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang in Ausbildung und Beschäftigung sind größer als derjenigen ohne Migrationshintergrund.

Die Ursachen hierfür sind durchschnittlich niedrigere Schulabschlüsse aufgrund der institutionellen Diskriminierung im deutschen Bildungssystem, die angespannte Situation am Ausbildungsmarkt in den letzten Jahren sowie der Migrationshintergrund an sich. Selbst bei gleichen Schulabschlüssen und gleichen Schulnoten haben Jugendliche mit Migrationshintergrund geringere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Die doppelte Benachteiligung an der ersten Schwelle setzt sich an der zweiten Schwelle meist fort. Aufgrund oftmals fehlender Berufsabschlüsse und schlechteren Chancen sind Jugendliche mit Migrationshintergrund auch in der Arbeitswelt benachteiligt.

Daraus folgt ein höheres Risiko von Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit. Jede/r dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund ist auf Hartz IV angewiesen. Um die strukturelle Benachteiligung aufzubrechen, sind bessere Bildungschancen für Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund notwendig.

Dazu muss sich das deutsche Bildungssystem umstellen, hin zu möglichst früher und möglichst individueller Förderung, weg von der systematischen Ausgrenzung sozial Schwacher. Frühkindliche Förderung, Ganztags- und Gesamtschulen sowie ein generell inklusiveres Bildungssystem, das nicht aussortiert, sind hierfür notwendig. Die für Bildung zuständigen Bundesländer müssen mehr Geld in Bildung investieren und dürfen ihren Bildungsauftrag nicht vernachlässigen und Schulabbrecher\_innen, schlechte Schulabschlüsse und damit Arbeitslosigkeit produzieren.

### **Welche Effekte hat Diskriminierung**

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) hat 2013 eine Expertise über das Zusammenwirken von Diskriminierung und Integration in Auftrag gegeben, die vom Zentrum für Türkei- und Integrationsstudien verfasst wurde. Zentraler Gegenstand sind die

Auswirkungen von Diskriminierungserfahrungen auf zentrale Lebensbereiche wie Arbeitsmarkt und Gesundheit.

Die Ergebnisse in Kürze:

1. Diskriminierungserfahrungen können zur „Reethnisierung“ führen, so dass Kinder von Einwanderern sich stärker mit dem Herkunftsland oder der Religion ihrer Eltern identifizieren, als die erste Generation. Für Deutschland bedeutet das also: Je höher die wahrgenommene Diskriminierung bei Menschen mit Migrationshintergrund, desto geringer ist ihre Bereitschaft, sich in die Aufnahmegesellschaft zu integrieren.
2. Ständige Konfrontation mit negativen Stereotypen und Vorurteilen beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und kann zu geringeren kognitiven Leistungen führen. Vor allem im Bildungsbereich kann das folgenreich sein: Die Angst vor schlechten Leistungen beeinflusst die Leistung in negativer Weise.
3. Ausgrenzung und Benachteiligung erhöhen die Gefahr der Gewaltbereitschaft, aber auch das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden.
4. Diskriminierung verhindert die Integration in den Arbeitsmarkt und erschwert die soziale Teilhabe, mit der Folge eines höheren Armutsrisikos.
5. Wenn Menschen aufgrund ihrer Herkunft regelmäßig Diskriminierung erleben, kann sich das negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirken.

### **Perspektiven im Umgang mit Rassismus und Diskriminierung**

Antidiskriminierungsstrategien müssen sich kritisch mit Ein- und Ausschlussmechanismen von Strukturen auseinandersetzen. Demzufolge müssen sich auch Institutionen, Bildungseinrichtungen mit der gesellschaftlichen Diversität und den eigenen diskriminierenden Strukturen auseinandersetzen, Zugangsbarrieren abbauen und Schritte hin zu einer rassismuskritischen und antidiskriminierenden Haltung entwickeln.

Elementare Ziele sind:

- Anerkennung und Wertschätzung von Differenzen,
- Sensibilisierung und Wahrnehmung von rassistischen und diskriminierenden Einstellungen und Haltungen
- Abbau von Diskriminierungen auf institutioneller, personaler und inhaltlicher Ebene ansetzen.

Besonders in der Bildungsarbeit ist es von großer Bedeutung diskriminierende Denk- und Einstellungsmuster, die sich im Zusammenleben zeigen, zu reflektieren.

Diskriminierungen entstehen durch das Handeln einzelner Menschen, aber auch durch das Handeln von Institutionen (wie z. B.), die verantwortlich für diskriminierende Verfahrensweisen und/oder Verhaltensweisen sind, etwa durch sprachliche und bildliche Darstellungen, die rassistische oder sexistische Begriffe oder Abbildungen beinhalten.

Somit finden Diskriminierungen auf verschiedenen Ebenen statt, nämlich auf der individuellen (bzw. interaktionalen), der institutionellen (bzw. strukturellen) und der gesellschaftlichen Ebene. Diese drei Ebenen sind nicht eindeutig voneinander zu trennen, daher sollten Maßnahmen von zur Antidiskriminierung an allen drei Ebenen ansetzen.

#### Individuelle (interaktionale) Ebene

Auf der individuellen oder interaktionalen Ebene bezieht sich Diskriminierung auf das Verhalten zwischen Individuen, die einzelne Personen ausgrenzt oder abwertet.

#### Institutionelle (strukturelle) Ebene

Auf der institutionellen Ebene geschieht eine Diskriminierung durch das Handeln einer Organisation. Gesetze, Verordnungen, Handlungsanweisungen, aber auch institutionelle Routinen und die Organisationskultur sind für die Benachteiligung verantwortlich.

#### Gesellschaftliche Ebene

Diskriminierungen auf der gesellschaftlichen Ebene betreffen Vorstellungen, Bezeichnungen und Bilder. Zentral ist hier die Frage der Wissensproduktion. Diese Ideen und Bilder können durch Medien, wissenschaftliche Veröffentlichungen und Lehrveranstaltungen sowie gesellschaftliche Diskurse transportiert werden, aber auch im alltäglichen Sprechen etwa im Kreis der Kolleg\_innen.

Veröffentlicht in: Karima Benbrahim (Hg.): Diversität bewusst wahrnehmen und mitdenken, aber wie? Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2012, S. 18-20

### **Konsequenzen für eine diversitätsbewusste und rassismuskritische Bildungsarbeit**

Eine diskriminierungs- und rassismuskritische Bildungsarbeit ist eine notwendige Perspektive, da sie Normalität und Anerkennung ermöglicht.

#### ***- Umgang mit Differenz***

#### ***- Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff***

## **- Antidiskriminierung & Empowerment**

### **Umgang mit Differenz**

Im Umgang mit Verschiedenheit ist es notwendig, eine Anerkennungs- und Wertschätzungskultur zu etablieren, die sich von Defizit-Konzepten und kulturalisierenden Wahrnehmungsmustern verabschiedet. Soziokulturelle Einflüsse und Hintergründe, unterschiedliche Biographien und Lebenswelten werden nicht als Abweichung und Störung gesehen, sondern als Normalität betrachtet. Das mehrdimensionale Identitätskonzept ist nicht instabil und anders, sondern normal und selbstverständlich.

Das Wahrnehmen und Bewusstmachen der eigenen vielfältigen Identität als teils ambivalent und prozesshaft kann einen mehrdimensionalen (intersektionalen) Blick auf sich und Andere schaffen und somit die Konstruktion des Anderen bewusst durchbrechen. Der Umgang mit einer vielfältigen Identität kann so zu einer Selbstverständlichkeit werden, in der sich eigene und gesellschaftliche Identitätszuschreibungen dekonstruieren lassen.

#### ***Wie können eigene Kategorisierungen, Vorurteile und Norm(alitäts)vorstellungen reflektiert und durchbrochen werden?***

- Individuelle und gesellschaftliche Unterschiede wahrnehmen und ernst nehmen
- sich selbst und andere mit verschiedenen Zugehörigkeiten und Hintergründen entdecken und wahrnehmen
- andere Lebenserfahrungen und -realitäten anerkennen
- eigene Selbstverständlichkeiten und Normalitätsvorstellungen hinterfragen

### **Auseinandersetzung mit dem Kulturbegriff**

Obwohl sich pädagogische Konzepte mittlerweile kritisch gegenüber einem statischen Kulturbegriff positionieren, ist in interkulturellen Konzepten immer noch die Frage nach der „Kultur des Anderen“ als zentrale Differenzkategorie zwischen den Teilnehmenden in der Jugendbildungsarbeit präsent. Der Kulturbegriff wird hier in vermeintlich eindeutigen nationalen, ethnischen und kulturellen Zugehörigkeiten gesehen, die das Verhalten und Denken von Jugendlichen stark prägen und determinieren. Kultur wird somit zu einem homogenen und festgeschriebenen Konstrukt. Der Umgang mit Differenz und die Reflexion von Normalitätsvorstellungen bedeutet in diesem Zusammenhang auch das Reflektieren des Kulturbegriffes. Mit Kultur ist ein flexibles, vielfältiges und sich veränderndes

Kulturverständnis gemeint und keines, das Menschen determiniert. Dies bedeutet, dass aus der Zusammensetzung unterschiedlicher Kulturen (Jugendkulturen, Subkulturen, Communities) eigene Kulturen entstehen können oder Kulturen sich verändern.

#### ***Wie gelingt es Homogenisierungen und Festschreibungen zu vermeiden?***

- Raum lassen für unterschiedliche Bedeutungen, Verständnisse und Widersprüche von Kultur
- im Bewusstsein, dass Kultur sich flexibel gestaltet und permanent verändern bzw. entwickeln kann
- Kultur im Alltag bei jeder Person als Normalität thematisieren
- kritische und erfahrungsorientierte Auseinandersetzung mit kultureller Norm(alität)

#### **Antidiskriminierung**

Die Beschäftigung mit Diskriminierungsformen aus der Mehrheits- und der Minderheitenperspektive gehört hier zweifellos dazu. Beim Aufgreifen und der Bearbeitung gesellschaftlicher Problemfelder sind die besonderen Lebensbedingungen, Erfahrungs- und Handlungsräume, die Interpretations- und Wahrnehmungsmuster sowie die Interessen der am Bildungs- und Lernprozess Beteiligten zu berücksichtigen. Daraus ergibt sich eine gelingende Verständigung und Kommunikation der Beteiligten als wichtige Voraussetzung für Bildungs- und Lernprozesse. Für Institutionen und Pädagog\_innen ist dies mit verschiedenen Herausforderungen verbunden, so dass über Hindernisse und Möglichkeiten, die sich aus der gesellschaftlich-strukturellen Positionierung von Gruppen und Minderheiten ergeben, Kenntnisse und Kompetenzen gewonnen und Zugänge geschaffen werden müssen (vgl. Wenning 1999, 11). Pädagog\_innen sollten in der Lage sein, günstige Voraussetzungen für eine gelingende Kommunikation zu schaffen und sie sind darauf angewiesen, über Kenntnisse und Kompetenzen ihrer Zielgruppe zu verfügen, wie zum Beispiel Ursachen und Erscheinungsformen einzelner Arten von Diskriminierung und ihrer Verschränkungen. Eine Herausforderung zeigt sich zum einen darin, Diskriminierung als Erfahrung, die alle Beteiligten aufgrund verschiedener Aspekte, als Diskriminierte und Diskriminierende, mitbringen, zu reflektieren und zum anderen diese mit gesellschaftlichen Dominanz- und Machtverhältnissen zu thematisieren. Insbesondere in solchen Lernprozessen müssen Räume für die Thematisierung eigener Erfahrungen mit Diskriminierung und von Fremd- und Selbstbildern Platz haben, um Handlungsmöglichkeiten gegen Diskriminierungen zu entwickeln.

In Bezug auf eine rassismuskritische und diversitätsbewusste Bildungsarbeit bedeutet dies, dass Lernarrangements oder Lernsettings präventive und interventive Antidiskriminierungsarbeit beinhalten müssen. Präventive Antidiskriminierungsarbeit meint die Wahrnehmung von und die Sensibilisierung für Diskriminierung, die zum Ziel hat Diskriminierungen zu erkennen und nicht selbst zu diskriminieren. Wenn von interventiver Antidiskriminierungsarbeit gesprochen wird, dann handelt es sich nicht nur um die Wahrnehmung von Diskriminierung, sondern besonders um ein Handeln dagegen

***Wie können Rassismus und Diskriminierung in den Blick gelangen?***

- Auseinandersetzung und Thematisierung von Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen
- Auseinandersetzung mit Mechanismen und Wirkungen von Vorurteilen und Diskriminierungen anregen (auf individueller, gesellschaftlicher, struktureller Ebene)
- Dominanzverhältnisse und Verstrickungen veranschaulichen und thematisieren

***Wie werden Macht- und Dominanzverhältnisse und Diskriminierungserfahrungen berücksichtigt und kritisch hinterfragt?***

- Reflexion eigener Erfahrungen mit Macht und Diskriminierung
- Verständnis für Mechanismen und verschiedene Ebenen von Diskriminierung entwickeln
- Positionierung gegenüber jeglichen Formen von Diskriminierung
- strukturelle Ebene von Diskriminierung in den Blick nehmen
- Ermutigen zu antidiskriminierendem Engagement

**Empowerment**

Ein weitere Perspektive sollte Empowermentarbeit sein, um Beteiligte und Lernende aktiv zum Handeln zu bewegen und sie in ihren Fähigkeiten zu stärken. Empowerment ermöglicht durch seinen partizipativen und proaktiven Ansatz Differenz zu thematisieren und zu dekonstruieren. Empowermentarbeit ist ein grundlegender Bestandteil diversitätsbewusster Bildungsarbeit und sollte stets mitgedacht werden, wenn es um Beteiligungsprozesse von benachteiligten bzw. diskriminierten Personen geht.

***Wie können Räume eröffnet werden für vielfältige subjektive Zugehörigkeiten und Selbstdefinitionen der Einzelnen?***

- Eigene Positionierung und Selbstverständlichkeiten wahrnehmen und entwickeln
- Raum für eigene Erfahrungen und Widersprüche
- eigene Selbstverständlichkeiten sowie Normen und Werte einer gesellschaftlichen Gruppe in Frage stellen
- Handlungsstrategien aus der Opferperspektive reflektieren
- Entwicklung von Widerstandsperspektiven

**Quellen:**

- Benbrahim, Karima (Hg.): Diversität bewusst wahrnehmen und mitdenken, aber wie? Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2012
- OECD-Studie „Indikatoren für die Integration von Migranten 2015“
- Schlussbemerkungen zum 19.-22. Periodenberichtes des Antirassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen (CERD) 2015
- Statistisches Bundesamt. Ergebnisse des Mikrozensus 2014
- Studie zur Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben 2013 von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADB)
- Wechselwirkung zwischen Diskriminierung und Integration – Analyse bestehender Forschungsstände (ADB) 2013
- Mecheril, Paul (2010). Migrationspädagogik. Hinführung zu einer Perspektive. In P. Mecheril u.a. BA MA Migrationspädagogik (Kap. 1). Weinheim: Beltz.
- Website Migrationsdienst Integration: <http://mediendienst-integration.de/integration/bildung.html>
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2013): Leitfaden: Diskriminierungsschutz an Hochschulen. Ein Praxisleitfaden für Mitarbeitende im Hochschulbereich, S.11